

# Irland

Anthony Costello\*

Obwohl die Covid-19-Pandemie weiterhin die europäische Tagesordnung bestimmt, gab es im vergangenen Jahr auch andere bemerkenswerte Entwicklungen. Zunächst bot man der irischen Insel mit dem Beschluss des Nordirland-Protokolls eine gewisse Aussicht auf Stabilität. Diese wurde jedoch bereits von der britischen Regierung wie auch durch soziale Unruhen auf die Probe gestellt. Im Zuge dieser Spannungen hat das Protokoll die Debatte über den künftigen verfassungsrechtlichen Status Nordirlands beschleunigt, der derzeit im Rahmen der irischen „Shared Island Initiative“ verhandelt wird. Schließlich wurde auch die Trennung des Vereinigten Königreichs von der EU vollzogen, und die Mitgliedstaaten der EU erneuerten ebenfalls (angesichts einer zunehmenden Fragmentierung) ihren Willen zur Wiederbelebung des europäischen Geistes der Zusammenarbeit und der Integration. So fiel schließlich auch der Startschuss für die „Konferenz zur Zukunft Europas“, in der sich Irland als aktiver Gesprächsführer zu Themen der Integration verpflichtet hat.

## Covid-19, Irland und die Antwort der EU

Im März 2020 erklärte Irland die Covid-19-Krise zu einer Frage der nationalen Sicherheit und verhängte daraufhin eine Folge von abgestuften Lockdowns. Aufgrund fehlender gegenseitiger Abstimmung und im Sinne einer europäischen Solidarität in der Krise, sprach sich der damalige Taoiseach (Premierminister) Leo Varadkar TD (Mitglied des Parlaments) dafür aus, den Druck auf den Staatshaushalt, der durch die drohenden Lockdown-Maßnahmen zu erwarten war, durch gemeinsame Corona-Bonds abzusichern. Ein weiterer Vorschlag bestand in der Inanspruchnahme des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unter begrenzten fiskalischen und zeitlichen Bedingungen.<sup>1</sup> Die verspätete Reaktion der EU in Bezug auf den Kauf und die Lieferung von Covid-19-Impfstoffen führte außerdem dazu, dass die Öffentlichkeit stärker hinterfragte, ob die EU effektiv in der Lage sei, die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Bürger tatsächlich zu erfüllen.<sup>2</sup> Demnach hatten 48 Prozent der Iren kein Vertrauen in die Impfstoffstrategie der EU, und nur 45 Prozent äußerten sich dahingehend optimistisch. Das langsame Tempo bei der Verteilung von Impfstoffen (insbesondere im Vergleich zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit) führte dazu, dass 49 Prozent der Iren skeptisch waren, ob man der EU zur Bewältigung ähnlicher Krisen künftig noch weitreichendere Zuständigkeiten in der Gesundheitspolitik übertragen sollte.<sup>3</sup>

Irland verbuchte einen Rückgang der inländischen Konsumausgaben und einen Anstieg der durch den Lockdown verursachten Arbeitslosigkeit, die im Februar 2021 eine

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Shona Murray: Irish PM Vardakar: Eur Response to Coronavirus has been ‘poor’ so far, in: Euronews, 7.4.2020.

2 Rob Hyde: Von Der Leyen admits to Covid19 Vaccine Failures, in: The Lancet 10275/2021, S. 655–656.

3 European Movement Ireland: Ireland and the EU 2021, abrufbar unter: <https://www.europeanmovement.ie/programmes/ireland-and-the-eu-poll/> (letzter Zugriff: 8.6.2021).

Quote von 24 Prozent erreichte.<sup>4</sup> Im Inland war die irische Wirtschaft von den gleichen symmetrischen Auswirkungen der Krise betroffen wie die anderen Mitgliedstaaten. Schätzungen sahen die irische Staatsverschuldung im Jahr 2020 bei 108 Prozent im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) und 2021 wird diese voraussichtlich auf 115 Prozent ansteigen.<sup>5</sup> Trotz der erwarteten Schwächen des Binnenwachstums wuchs die irische Wirtschaft jedoch um 3,4 Prozent und erzielte 2020 einen Rekord-Handelsüberschuss von 75 Mrd. Euro als Folge des profitablen Exportsektors, gestützt durch die Pharmaindustrie.<sup>6</sup> Der Gesamtwert der Exporte für 2020 erreichte 160,8 Mrd. Euro, wobei 63,9 Mrd. Euro in die EU und 49,9 Mrd. Euro in die USA exportiert wurden.<sup>7</sup> Die große Abhängigkeit Irlands von ausländischen Direktinvestitionen wurde in der Krise besonders deutlich. Es war daher zu erwarten, dass die irische Regierung eher defensiv reagieren würde, als sich die G7-Staaten auf einen globalen Steuersatz für multinationale Unternehmen von 15 Prozent einigten. Ein solcher Steuersatz würde Irland jährlich 2 Mrd. Euro kosten. Irland verteidigte daher weiterhin seinen derzeit noch geltenden Steuersatz von 12,5 Prozent.<sup>8</sup>

Die EU hat mehrere wichtige Maßnahmen erlassen, die es den EU-Mitgliedstaaten erlauben, die zusätzlichen Belastungen in Form von Kosten und daraus resultierenden Staatsschulden besser zu bewältigen.<sup>9</sup> Neben Lockerungen fiskalischer Beschränkungen durch die „allgemeine Ausweichklausel“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts erwartet Irland Mittel in Höhe von 915 Mio. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Herzstück des Aufbauplans NextGenerationEU (NGEU). Der irische nationale Aufbauplan sieht 25 Investitionsprojekte in drei Prioritätsbereichen vor: Klima, Digitalisierungsreform, sowie die Umsetzung von EU-Vorgaben zu Investitionen, wirtschaftlicher Erholung und Schaffung von Arbeitsplätzen.<sup>10</sup>

Um den Auswirkungen des Inflationsdrucks im Zusammenhang mit den öffentlichen Ausgaben für die Pandemiebewältigung entgegenzuwirken, profitierte Irland vom EU-Programm „Unterstützung zur Minderung des Arbeitslosigkeitsrisikos in einer Notlage“ (SURE).<sup>11</sup> Am 5. Dezember 2020 erhielt das Land finanzielle Hilfen aus dem SURE-Programm, um zumindest einige der Kosten für das Kurzarbeitergeld aus dem nationalen „Temporary Wage Subsidy Scheme“ (TWSS) auszugleichen. Mit einem Beitrag von 483 Mio. Euro zum Programm (1,9 Prozent des BNE der EU-27) erhielt es im Gegenzug 2,492 Mrd. Euro an Hilfen.<sup>12</sup>

---

4 Eoin Burke-Kennedy: Unemployment Rate hits 24.8% in February as lockdown bites hard, in: *The Irish Times*, 3.3.2021.

5 Department of Finance: Annual Report on Public Debt in Ireland 2020, Januar 2021, abrufbar unter: <https://www.gov.ie/en/publication/291b8-annual-report-on-public-debt-in-ireland-2020/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

6 Peter Flanagan: Irish economy defies pandemic to Grow in 2020, in: *Bloomberg*, 5.3.2021.

7 Eoin Burke-Kennedy: Irish exports surge to record 160 billion in 2020 despite pandemic, in: *The Irish Times*, 15.2.2021.

8 Cliff Taylor: Explainer: G7 Tax deal – what was agreed and what does it mean for Ireland?, in: *The Irish Times*, 5.6.2021.

9 Europäischer Rat: Covid-19: the EU’s response to the economic fallout, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/coronavirus/covid-19-economy/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

10 Irish Department of Public Expenditure and Reform: Ireland’s National Recovery and Resilience Plan 2021, 12.8.2021, abrufbar unter: <https://www.gov.ie/en/publication/d4939-national-recovery-and-resilience-plan-2021/> (letzter Zugriff: 24.9.2021).

11 Europäischer Rat: A Recovery Plan for Europe, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-recovery-plan/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

## Brexit und die Zukunft Irlands

Inmitten der Covid-19-Turbulenzen akzeptierte die britische Regierung schließlich (wenn auch widerwillig) das Nordirland-Protokoll noch vor dem Ende der Brexit-Übergangszeit zum 31. Dezember 2020. Das Protokoll stellte eine notwendige Absicherung dar, damit das Vereinigte Königreich der britischen Bevölkerung den Brexit liefern und dabei gleichzeitig die Integrität des Karfreitagsabkommens von 1998 (sowie den EU-Binnenmarkt) aufrechterhalten konnte. Obwohl die britische Regierung dem Protokoll zugestimmt hat, bricht die geografische Lage der Zollgrenze – mitten durch die Irische See – althergebrachte Spannungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wieder auf. Seit der Errichtung der Grenze in der Irischen See wächst die Wut unter Nordirlands Loyalisten, die sich nicht zuletzt durch die zahlreichen Drohungen der britischen Regierung zur Aussetzung des Protokolls ermutigt sahen, auch wenn dies einem Verstoß gegen ein internationales Abkommen gleichkäme.<sup>13</sup> Im April 2021 erlebten die loyalistischen Gemeinden in Nordirland 10 Tage der Gewalt. Aufgrund des Protokolls hatten paramilitärische Gruppierungen der Loyalisten mit dem Fortschreiten der Marschsaison erneut vor Gewaltanschlägen zur Sommersaison 2021 gewarnt.<sup>14</sup> Die EU-Partner forderten das Vereinigte Königreich weiter mit Nachdruck zur Einhaltung des Protokolls auf, und trotz der unangemessenen Forderungen des Vereinigten Königreichs nach Handelserleichterungen zwischen den beiden Inseln bleibt die EU entschlossen, die Integrität des EU-Binnenmarktes über die Seegrenze aufrechtzuerhalten und mit der Fortführung des Karfreitagsabkommens auch den Frieden auf der irischen Insel zu sichern.

Obwohl Nordirland nach dem Brexit-Referendum 2016 für den Verbleib in der EU gestimmt hat, sollten aufmerksame Beobachter dieses Ergebnis nicht mit dem Wunsch nach einem vereinigten Irland verwechseln. Bei aller Vorsicht stellt das Protokoll doch die Frage nach dem künftigen verfassungsrechtlichen Status Nordirlands. Die durch das Protokoll gestärkte wirtschaftliche, politische und soziale Nähe Nordirlands zur Republik erfordert neue Strategien, ganz unabhängig davon, wie wahrscheinlich die Aussicht auf ein „Vereinigtes Irland“ in der Zukunft tatsächlich ist. Im Oktober 2020 rief die irische Regierung die „Shared Island Initiative“ ins Leben. Auf der Grundlage der Grundsätze des Karfreitagsabkommens sollen für die irische Insel, zusammen mit Downing Street und Stormont, die strategischen Herausforderungen der Zukunft erörtert, die inselweite Wirtschaft vertieft und Beratungen über künftige Verfassungsfragen ermöglicht werden.<sup>15</sup> Das Projekt finanziert sich aus dem „Shared Island Fund“, der mit 500 Mio. Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren ausgestattet ist. Laut einer aktuellen Umfrage können sich nur 32 Prozent der Iren ein vereinigtes Irland in den nächsten 10 Jahren vorstellen.<sup>16</sup>

12 Department of Finance: Pressemitteilung, Minister Donohoe welcomes receipt of Ireland’s SURE loan as part of EU support, 17.5.2021, abrufbar unter: <https://www.gov.ie/en/press-release/85b27-minister-donohoe-welcomes-receipt-of-irelands-sure-loan-as-part-of-eu-support/#> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

13 Heather Stewart/Patrick Wintour: Boris Johnson reiterates threat to suspend Northern Ireland protocol, in: *The Guardian*, 12.6.2021.

14 Shawn Pogatchnik: Violence against Northern Ireland Protocol isn’t off the table: Loyalists tell MP’s of ‘seething anger’ against EU checks on British goods, in: *Politico*, 19.5.2021.

15 Department of the Taoiseach: Shared Island, 13.5.2021, abrufbar unter: <https://www.gov.ie/en/publication/de9fc-shared-island/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

16 European Movement Ireland: Pressemitteilung, 2021 ‘Ireland and the EU’ Poll finds that 45% of people in Ireland have confidence in the EU’s Vaccines Strategy while a stable 84% continue to support Ireland’s membership of the EU, 21.4.2021, abrufbar unter <https://www.europeanmovement.ie/ireland-eu-2021-press-release/> (letzter Zugriff: 22.9.2021).

### **Konferenz zur Zukunft Europas**

Nachdem der ursprünglich geplante Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben worden war, wurde die Konferenz im März 2021 schließlich unterzeichnet und auf den Weg gebracht.<sup>17</sup> Sie ist Teil der Entwicklung eines Fahrplans für die Zukunft Europas, der auf langjährigem Bürgerdialog innerhalb der gesamten Union aufbaut. Irland ist zwar bei weitem kein euro-föderalistisches Land, es hat sich aber als Mitglied stets der europäischen Integration verschrieben und die Mehrheit der irischen Bevölkerung unterstützt die Zukunftskonferenz, selbst wenn sie zu Vertragsänderungen zur Übertragung neuer Zuständigkeiten an die EU in wichtigen Politikbereichen führen würde. Entgegen der öffentlichen Haltung hat sich die irische Regierung jedoch (zusammen mit zwölf anderen EU-Mitgliedstaaten) einer wahrscheinlichen Vertragsänderung als Folge der Konferenz mit aller Kraft widersetzt.<sup>18</sup> Am 14. Mai 2021 wurde in Irland die Arbeit für die Konferenz aufgenommen. Im Laufe eines Jahres wird die Europäische Bewegung Irland nun in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel eine Vielzahl von Konsultationen mit Mitgliedern aus Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und unterschiedlichen Sektoren durchführen.

### **Zusammenfassung**

Seit über einem Jahr beschäftigen sich die europäischen Entscheidungsträger mit Covid-19 und seinen Auswirkungen. Europa durchlief dabei eine Folge von schmerzhaften nationalen Lockdowns, die die Staatshaushalte zwangen, öffentliche Ausgaben durch größere Haushaltsdefizite und neue Schulden zu bedienen. Dabei wurden die vielschichtigen finanziellen Hilfsprogramme der EU in Irland sehr begrüßt, da das SURE-Programm der EU dem Staat beträchtliche finanzielle Freiräume bot, die eine baldige Rückkehr zu wirtschaftlichem Wohlstand ermöglichen können.

Die Mängel bei der Verteilung von Covid-19-Impfstoffen durch die EU erntete viel negative Kritik in der irischen Bevölkerung und forderte das öffentliche Vertrauen in die EU bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen heraus. Auch wenn die Iren zögern, der EU in Zukunft weitere Zuständigkeiten im Bereich der Gesundheitspolitik zu übertragen, setzen sie sich nach dem Brexit doch für eine weitergehende Integration ein. Irland bleibt auch ein starker Befürworter der Konferenz zur Zukunft Europas und hat sich verpflichtet, den Entwurf für ein stärker integriertes Europa mitzugestalten; trotz aller Verstimmungen im Zusammenhang mit dem Nordirland-Protokoll und dessen Auswirkungen auf die diplomatischen Beziehungen wie auch den künftigen verfassungsrechtlichen Status Nordirlands.

### **Weiterführende Literatur**

Federico Fabbrini: *Brexit and the Future of the European Union: the case for constitutional reforms*, Oxford 2020.

Paulo Vila Maior/Isabel Camisão: *The Pandemic Crisis and the European Union*, London 2022.

---

17 Konferenz zur Zukunft Europas: *The Future is in your hands*, abrufbar unter: <https://futureu.europa.eu/> (letzter Zugriff: 21.9.2021).

18 Elena Sánchez Nicolás: *Dozen EU states spell out 'Future of Europe' priorities*, in: *EUObserver*, 23.3.2021.